

2. Die Debatte um die Sozialisierung der nordrhein-westfälischen Grundindustrien vor dem Landtag NRW

Sowohl die Entstehung des Landes Nordrhein-Westfalen als auch die Überlegungen zu einer Neuregelung der Eigentumsverhältnisse an den nordrhein-westfälischen Grundindustrien hatten ihre Ursache in der Besorgnis der britischen Besatzungsmacht über einen zu großen Einfluss der Sowjetunion in Deutschland. Die Dezentralisierung der deutschen Staatsgewalt - zumindest in einigen Bereichen - durch die Bildung von Ländern sollte den Machtbereich einer von Kommunisten beherrschten, unter sowjetischem Einfluss stehenden deutschen Zentralregierung eingrenzen.¹

Für die Bildung eines relativ großen Landes aus den beiden Provinzen Nordrhein und Westfalen sprach der einfach zu handhabende Aufbau der zukünftigen Landesverwaltung aus den beiden Provinzverwaltungen. Beide Provinzen ergänzten sich im Hinblick auf die Versorgung mit Nahrungsmitteln und Industriegütern, sie bildeten quasi eine natürliche Wirtschaftseinheit. Für den Zusammenschluss von Westfalen und Nordrhein sprach außerdem der hohe Anteil der katholischen Bevölkerung in Westfalen und im Rheinland, der einen Gegenpol zur prokommunistisch eingestellten Bevölkerung des Ruhrgebietes bilden sollte. Die Einwohner der beiden historisch gewachsenen Provinzen seien aufgrund ihrer traditionellen Verankerung eher bereit, das neue Land zu akzeptieren, als eine Bevölkerung eines Landes mit künstlich gezogenen Landesgrenzen, hieß es im britischen Foreign Office. Ein größeres Land sei zudem eher in der Lage, sich gegen eine Zentralregierung zu behaupten.²

Nachdem am 15. Juli 1946 General Robertson die Parteivorsitzenden Schumacher, Adenauer und Kaiser darüber unterrichtet hatte, dass ein Land aus den Provinzen Nordrhein und Westfalen gebildet werden sollte, wurde am 23. August 1946 mit der Verordnung Nr. 46 über die Auflösung des Staates Preußen und seiner Provinzen die rechtliche Grundlage für die Bildung der Länder in der britischen Zone geschaffen.

Am gleichen Tag wurde das Land Nordrhein-Westfalen als Nachfolger der Provinzen Westfalen und Rheinland eingesetzt. Am 2. Oktober 1946 konstituierte sich der von der britischen Militärregierung ernannte Landtag von Nordrhein-Westfalen.³ Schon Anfang April 1946 hatte eine Arbeitsgruppe des Foreign Office einen Plan zur Neuordnung der Industrie des Ruhrgebietes vorgelegt. Dieser Plan sah statt der ursprünglich auch von der

¹ Rolf Steininger, Großbritannien und die Ruhr, a.a.O., vgl. dazu auch: ders., Ein neues Land an Rhein und Ruhr. Großbritannien und die Entstehung Nordrhein-Westfalens, in: Im Westen was Neues, S. 5ff.; ders., Reform und Realität. Vom Scheitern britischer Sozialisierungspolitik an Rhein und Ruhr, in: Geschichte im Westen, Jg. 3, 1988, Heft 1, S. 35ff.

² Ders., Großbritannien und die Ruhr, a.a.O., S. 23ff., sowie ders., Ein neues Land an Rhein und Ruhr, a.a.O., S. 23ff.

³ Ders., Großbritannien und die Ruhr, a.a.O., S. 25f.

Sowjetunion beabsichtigten Internationalisierung der Ruhrindustrie die Sozialisierung der Betriebe vor.

Durch das Gesetz Nr. 52 der britischen Militärregierung waren die Vermögen der IG Farben, der Firma Krupp, die Vermögen von 66 Stein- und Braunkohlebergwerken und der ihnen angegliederten Betriebe sowie die Vermögen sämtlicher Eisen- und Stahlunternehmen beschlagnahmt und britischer Kontrolle unterworfen worden.

Die zu sozialisierenden Betriebe sollten in das Eigentum des neu zu schaffenden Landes übergeben werden. Die Betriebsleitung sollte in deutschen Händen bleiben, aber immer noch britischer Kontrolle unterstehen.⁴

2.1. Die Debatte um die Sozialisierung der Grundindustrien im Ernannten Landtag im Januar 1947

Der erste Antrag zur Verstaatlichung der Bergwerke und der ihnen angeschlossenen Industrien wurde von der KPD noch im ernannten Landtag vorgelegt. Im „Volks-Echo für Westfalen und Lippe“ vom 24. Dezember 1946 wird in einer Meldung auf der 2. Seite über den Antrag der KPD-Landtagsfraktion unter der Überschrift „Verstaatlichung der Schlüsselindustrien“ berichtet. Darin hieß es, die KPD forderte mit dem Antrag die Überführung aller Bergwerke mit ihren Nebenanlagen sowie aller Werke der Eisen-, Stahl- und Gemeindeindustrie (Anm.: Gemeint sind die Versorgungsbetriebe), die Konzernen angehören, in den Besitz des Landes Nordrhein-Westfalen, da „die oben genannten Konzerne gegen die Interessen des deutschen Volkes zur Vorbereitung und Durchführung von Kriegen benutzt wurden“.⁵

Das „Westdeutsche Volksecho“ berichtet in der Ausgabe vom 20. Dezember 1946 in großer Aufmachung mit der auf der ersten Seite über 4 Spalten geschriebenen Überschrift „Schlüsselindustrien in Staatsbesitz!“ über den Antrag der KPD. Hier bestimmte im Gegensatz zum „Volks-Echo für Westfalen und Lippe“ der Inhalt des vorgelegten Antrages den Artikel.

Zwar werden die Anträge der SPD zur Sozialisierung erwähnt, aber nicht in der gleichen Länge wie der „Antrag für die Überführung der Schlüsselindustrien in Staatsbesitz“.⁶

Im Vorfeld der Gesetzesanträge der KPD im ernannten Landtag von Nordrhein-Westfalen veröffentlichte das „Westdeutsche Volks-Echo“ am 21. Januar 1947 auf der ersten Seite den Wortlaut des zur Sitzung am 23./24. Januar 1947 eingebrachten Antrages.

⁴ Hüttenberger bewertet die schon im ernannten Landtag und im ersten gewählten Landtag eingebrachten Anträge zur Sozialisierung als Ermahnung der deutschen Politiker in Richtung der britischen Besatzungsmacht, Eigentum und Verwaltung der deutschen Schwerindustrie in deutsche Hände zurückzulegen.

⁵ „Volks-Echo für Westfalen und Lippe“, 1. Jahrgang 1946, S. 1.

⁶ „Westdeutsches Volks-Echo“, vom 21. Januar 1947, 2. Jahrgang 1947, S. 1.

Unter der Schlagzeile „Die Kohlengruben dem deutschen Volke“ wurde festgestellt, dass dieses Gesetz „(...) endlich Schluss mit dem fruchtlosen Gerede von der Sozialisierung (...) mache und der erste Schritt zu praktischen Maßnahmen sei. Es wurde an die Abgeordneten der SPD und die Vertreter des christlichen Gewerkschaftsflügels in der CDU appelliert, sich durch Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf zu ihrem Willen zur Sozialisierung zu bekennen.⁷

In derselben Ausgabe wird im Kommentar die Begründung für den Antrag gegeben.

Der Kommentator bezeichnet die Politik der Grubenbesitzer in den vergangenen 50 Jahren als Ursache für die herrschende Kohlenkrise. Durch die Monopolisierung der Industrie und die Beschneidung der Rechte der Arbeiter sowie ihre imperialistische Politik hätten die Unternehmer auch einen wesentlichen Anteil an der Kriegsschuld am 1. Weltkrieg.

Nach der Besetzung des Ruhrgebietes 1923 leiteten sie eine Rationalisierung der Bergbauindustrie ein, die zu einer Massenentlassung bei den Bergarbeitern führte, gleichzeitig unterstützten die Unternehmer das Entstehen faschistischer Organisationen, die das deutsche Volk versklavten. Im zweiten Weltkrieg hatten die Grubenbesitzer die Bergarbeiter „(...) der Kriegsführung in den Rachen (...)“ geworfen und die Produktion stattdessen mit Kriegsgefangenen und Fremdarbeitern aufrechterhalten.

Die geschilderte Politik habe dazu geführt, dass die „Bergherren (...) damit jedes Anrecht auf den Besitz der Kohlengruben verloren (...)“ haben. Der Kommentar schließt mit der Forderung, die Kohlenfelder an Rhein und Ruhr nicht mehr länger „der Profitgier imperialistischer privatkapitalistischer Konzerne und Monopole (...)“ zu überlassen. Die Enteignung der Kohlenfelder und der angeschlossenen Anlagen zugunsten des deutschen Volkes wurde als lebensnotwendig für die Nation bezeichnet. Das Enteignungsgesetz stelle den ersten Schritt von der Diskussion zum praktischen Handeln dar.⁸

Auf derselben Seite wurde in einem kleinen Artikel mit dem Titel „Landtag vor wichtigen Entscheidungen“ in einer Zusammenfassung der anstehenden Tagesordnungspunkte noch einmal auf den Gesetzesantrag der KPD hingewiesen.⁹ Am 18. Januar 1947 erschien im „Volks-Echo für Westfalen und Lippe“ unter der Überschrift „Entgiftung“ ein Kommentar von Ludwig Becker, der in seiner Wortwahl dem Kommentar des „Westdeutschen Volks-Echo“ fast genau entspricht.

Dieselbe Ausgabe des „Westdeutschen Volks-Echo“ bringt einen weiteren Kommentar von Kurt Lichtenstein, der darin an die Sozialdemokratie und die christlichen Gewerkschafter appelliert, dem Gesetzesantrag der KPD zuzustimmen.¹⁰ Auch dieser Kommentar hat offensichtlich als Vorlage für den Kommentar des „Westdeutschen Volks-Echo“ vom

⁷ „Westdeutsches Volks-Echo“, vom 21. Januar 1947, 2. Jahrgang 1947, S. 2.

⁸ „Westdeutsches Volks-Echo“ vom 21. Januar 1947, 2. Jahrgang 1947, S. 2.

⁹ „Volks-Echo für Westfalen und Lippe“ vom 18. Januar 1947, 2. Jahrgang 1947, S. 2.

¹⁰ „Volks-Echo für Westfalen und Lippe“ vom 18. Januar 1947, 2. Jahrgang 1947, S. 2.

21. Januar 1947 gedient, da auch hier Inhalt, Struktur und Wortwahl der beiden Kommentare einander auffallend ähnlich sind, ja in weiten Teilen sogar übereinstimmen.

Am Samstag, den 25. Januar 1947 berichtete das „Volks-Echo für Westfalen und Lippe“ unter der Überschrift „CDU terrorisiert den Landtag!“ über die Abstimmung des Parlaments zur Sozialisierung des Bergbaus.

Dabei hob der Redakteur die Begründung des Abgeordneten der KPD, Willi Agatz, hervor, wonach „die Verstaatlichung des Bergbaus ein für unser Volk notwendiger Schritt ist“. Die Bergarbeiter forderten eine Sozialisierung des Bergbaus, wenn sie sich für eine freiwillige Erhöhung der Kohlenförderung einsetzen sollten. „Die Bergarbeiter wollen wissen, für wen sie arbeiten. Sie wollen nicht nur für Monopolherren arbeiten, deren Macht ausreichte, um einen Hitler ans Ruder zu bringen und unser Volk unglücklich zu machen.“¹¹

Die Ausführungen des FDP-Mitgliedes und Finanzministers Franz Blücher wurden pauschal als privatkapitalistische Argumente bezeichnet, die sich gegen eine Überführung der Großindustrie in den Gemeinbesitz wandten. Ebenso lapidar werden die Äußerungen des SPD-Abgeordneten Victor Agartz und Konrad Adenauers von der CDU wiedergegeben. Blücher hatte den Antrag der KPD im Namen seiner Fraktion mit der Begründung abgelehnt, dass eine pauschale Verstaatlichung der Kohleindustrien nicht den Bedürfnissen des deutschen Volkes entspreche. Er hatte den wirtschaftsliberalen Auffassungen der FDP der britischen Zone entsprechend, dem Staat konzedierte, Preisbildung, Arbeitsbedingungen und Verteilung der Produktion zu bestimmen. In Abgrenzung zu der Äußerung Kurt Schumachers auf dem Parteitag der SPD 1946 in Hannover, wonach Deutschland sozialistisch sein müsse, oder es werde überhaupt nicht sein, hatte Blücher festgestellt, „Der deutsche Mensch, jeder deutsche Mensch und der deutsche Staat wird sozial sein oder Deutschland wird nicht bestehen können“.¹²

Das „Westdeutsche Tageblatt“ vom 25. Januar 1947 hebt aus der Rede Franz Blüchers die Äußerung hervor, die FDP vertrete den Standpunkt, (...) dass die Schuldigen nicht wieder in den Besitz eingesetzt werden sollen und dass die Konzerne in Gemeinwirtschaftsbesitz überführt werden, soweit sie in der Hand eines namenlosen Kapitals wären“.¹³

Victor Agartz, SPD, hatte den Antrag seiner Partei auf Überführung des Eigentums an den Bergwerken in die öffentliche Hand damit begründet, dass eine einheitliche Kohlewirtschaftspolitik in Deutschland ermöglicht werden müsse, die eine einheitliche

¹¹ ebenda.

¹² Stenografischer Bericht über die 4. Sitzung des Landtages Nordrhein-Westfalen am 23. und 24. Januar 1947, S. 9.

¹³ „Westdeutsches Tageblatt“ vom 25. Januar 1947, 2. Jahrgang 1947, S. 1.

Verwaltung der Kohlewirtschaft nach sich ziehe. Nur so sei es möglich, die Kohlenerzeugung und Kohlenverteilung den deutschen und europäischen Bedürfnissen anzupassen.¹⁴

Die Auffassungen seiner Rede auf dem Parteitag der SPD in Hannover vom Mai 1946 aufnehmend nannte Agartz als weitere Begründung der SPD, den Antrag auf Sozialisierung zu stellen, nur so könne die Objektrolle des arbeitenden Menschen in der Industrie aufgehoben werden. Dazu seien Mitverwaltung und Mitverantwortung der Arbeiterschaft im Betrieb zu verwirklichen.¹⁵

Die Ausführungen der Zentrumsabgeordneten, Helene Wessel, wurden im Bericht des „Volks-Echo für Westfalen und Lippe“ völlig unterschlagen, obwohl sie sich ebenso wie Victor Agartz für die Überführung der monopolistischen Grundindustrien in Gemeineigentum aussprach.¹⁶ Sie stellte aber andererseits in ihrer Rede auch fest, dass das Zentrum eine generelle Verstaatlichung der Grundindustrien ablehne.¹⁷ Insofern folgt der Artikel inhaltlich der Argumentation der KPD, wonach das Zentrum eine dem bürgerlichen Lager angehörende Partei sei, die sich dem sozialistischen Neuaufbau Deutschlands entgegenstelle.

Die von Helene Wessel vertretene wirtschaftspolitische Konzeption wurde im Artikel der „Rhein-Ruhr-Zeitung“ vom 24. Januar 1947 unter der Schlagzeile „Nur geringe Mehrheit für das Wahlgesetz. Das Zentrum trat im Landtag für die Umgestaltung der Kohlen-, Stahl- und Eisenwirtschaft ein“ wiedergegeben.

Das Hauptaugenmerk widmete der Verfasser des Artikels allerdings den Ausführungen Konrad Adenauers vor dem Landtag von Nordrhein-Westfalen, die als „große Demaskierung der CDU-Fraktion des Landtages“ bezeichnet wurden.

Der von der SPD eingebrachte Antrag zur Überführung des Bergbaus in Gemeineigentum bedeute weder Verstaatlichung noch Hinwendung zum Sozialismus. „Die Möglichkeit, nunmehr für Nordrhein-Westfalen den nicht allein durch die päpstlichen Enzykliken, sondern gerade auch in neuester Zeit durch christliches Schrifttum gewiesenen Weg konstruktiver Sozial- und Wirtschaftspolitik zu beschreiben, war geboten.“ Adenauers Kritik an den, seiner Meinung nach, ungenauen Formulierungen des sozialdemokratischen Antrags und des aus diesem Grund eingebrachten Antrages der CDU-Fraktion auf Vertagung der Abstimmung bis Februar, habe die Möglichkeit einer baldigen Neuordnung der deutschen Wirtschaft vertan.¹⁸

In der „Westfalen-Zeitung“ vom 24. Januar 1947 wurde zur Landtagssitzung vom 23. Januar 1947 unter der Schlagzeile „Landeswahlgesetz angenommen. Tagung des Landtages von Nordrhein-Westfalen – Die CDU zur Wirtschaftsneuordnung“ über die

¹⁴ Stenografischer Bericht über die 4. Sitzung des Landtages Nordrhein-Westfalen am 24. Januar 1947, S. 12.

¹⁵ Stenografischer Bericht über die 4. Sitzung des Landtages Nordrhein-Westfalen am 23. Januar 1947, S. 10.

¹⁶ Stenografischer Bericht über die 4. Sitzung des Landtages Nordrhein-Westfalen am 23. Januar 1947, S. 12.

¹⁷ ebenda,

¹⁸ „Rhein-Ruhr-Zeitung“ vom 24. Januar 1947, 2. Jahrgang 1947, S. 1.

Sozialisierungsdebatte berichtet. Dabei stand der Aspekt der Auseinandersetzung von SPD und CDU über die Neuordnung der deutschen Wirtschaft im Vordergrund. Im Gegensatz zu der Äußerung Victor Agartz', die SPD vertrete keine staatskapitalistische Auffassung, wenn sie die Überführung der Grundindustrie in öffentliche Hände fordere, sondern sei sich dessen bewusst, „dass verstaatlichte Bergwerke, die wir bisher ja auch gekannt haben, sich sowohl in produktionstechnischer wie in betriebswirtschaftlicher Hinsicht in nichts von dem Privatmonopol unterscheiden (...)“.¹⁹ berichtet die „Westfalen-Zeitung“, „ Dr. Agartz betonte für die SPD die Notwendigkeit, die Verstaatlichung zu regeln (...) im britischen Kohlenbergbau habe die am 1. Januar durchgeführte Verstaatlichung zu einer Erhöhung der Forderung geführt.“ Diese Behauptung, berichtete die „Westfalen-Zeitung“ weiter, habe Dr. Adenauer als unzutreffend bezeichnet. Er habe dagegen festgestellt, die CDU sei für eine Entschachtelung der Konzerne und Trusts. Es hieß weiter, Konrad Adenauer „wandte sich entscheidend gegen die Zusammenballung der Macht in einer Hand, auch nicht in der öffentlichen Hand, denn ‚das ist genauso schlecht als wenn irgendein Privatkonzern eine derartige Macht in die Hand bekommt‘.“²⁰

Die sozialdemokratische Zeitung „Freie Presse“, Bielefeld, berichtet von der Landtagssitzung am 23. Januar 1947 unter der Schlagzeile „Sozialisierung vor dem Landtag“, indem sie lediglich den Verlauf der Landtagsdebatte nachzeichnet. Die Ablehnung ihres in den Landtag eingebrachten Gesetzentwurfes schien keine große Überraschung für die sozialdemokratischen Politiker gewesen zu sein.²¹

In der Tat hatte es schon im Oktober 1946 Gespräche zwischen Sozialdemokraten und dem Leiter der Deutschlandabteilung im Foreign Office, Patrick Dean, gegeben, in denen Dean es für dringend notwendig gehalten hatte, die Sozialisierung in der britischen Besatzungszone zu forcieren. Dadurch sollte Kritik der SPD und der Sowjetunion vorgegriffen werden, da im Foreign Office die Befürchtung bestand, die SPD werde sich ansonsten an die KPD anlehnen, und so eine sowjetische Einflussnahme auf Deutschland ermöglichen.

Die angestrebte Sozialisierungspolitik sollte der SPD und dem linken CDU-Flügel die Möglichkeit geben, sich einander anzunähern und gemeinsam politisch handeln zu können. Laut Patrick Dean könne man sich beim Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft nicht auf den rechten CDU-Flügel stützen²², der sich aber bei den Beratungen der Anträge im Landtag durchgesetzt hat.

Am 28. Januar 1947 veröffentlichte das „Westdeutsche Volksecho“ einen Kommentar zur Ablehnung ihres Gesetzantrages. Darin wird CDU und FDP vorgeworfen, an den

¹⁹ Stenografischer Bericht über die 4. Sitzung des Landtages Nordrhein-Westfalen vom 23. Januar 1947, S. 10.

²⁰ „Westfalen-Zeitung“ vom 24. Januar 1947, 2. Jahrgang 1947.

²¹ „Freie Presse“ vom 25. Januar 1947, 2. Jahrgang 1947, S. 1.

²² Rolf Steininger, Reform und Realität, a.a.O., S. 38.

Grundlagen der kapitalistischen Wirtschaft festzuhalten und ihre Politik an den Interessen der Industrieherrn und des Besitzbürgertums auszurichten. Der Kommentar schreibt dazu: „Um diese Politik verstehen zu können, ist es angebracht, einen Blick in die jüngste Vergangenheit zu werfen.“ Er fährt mit der Schilderung einer Konferenz der Industriellen an Rhein und Ruhr 1932 fort, an der auch Landtagspräsident Dr. Lehr in seiner damaligen Funktion als Oberbürgermeister von Düsseldorf teilgenommen hatte. Die Industriellen hatten zu dieser Konferenz Adolf Hitler eingeladen, „(...) um sich von ihm bestätigen zu lassen, dass er die Weltherrschaftspläne der Monopolkapitalisten verwirklichen wollte“.

Hitler hatte sich demzufolge gegen eine Demokratisierung der Wirtschaft ausgesprochen: „Die Persönlichkeit der Wirtschaft ist unsere Rettung. Der Verfall tritt ein, sobald der Persönlichkeitswert negiert wird. (...) Die Arbeiter müssen vom Marxismus gewonnen werden. Deshalb haben wir den festen Entschluss, den Marxismus unerbittlich auszurotten.“

Weiter führt der Kommentar aus, die Konzernherren und Industriellen – womit er CDU und FDP meint – seien mit den gleichen Argumenten aufgetreten wie vor 15 Jahren. Als Beleg für diese Behauptung führte das „Westdeutsche Volksecho“ eine Passage aus der CDU-nahen „Westfalen-Zeitung“ vom 24. Januar 1947 an, in der vor dem ‚gefährlichen Hineinspielen politischer Hoffnungen bei der Umgestaltung der deutschen Wirtschaft‘ gesprochen wird. Zudem habe Adenauer vor dem Landtag von ‚berufenen Persönlichkeiten‘ gesprochen, die die Wirtschaft leiten sollten. Der etwas abenteuerlichen Konstruktion wird noch das Argument angefügt, dass die Formel vom Kampf gegen den Marxismus zum Schlagwort der CDU im vergangenen Wahlkampf geworden sei.

Zwar wird betont, dass CDU und FDP dadurch noch nicht mit Nationalsozialisten auf eine Stufe gestellt wurden, aber es wird auch betont, dass „ihre Kampfstellung gegen die Sozialisierung, ihr krampfhaftes Eintreten für die kapitalistische Wirtschaftsform“ denselben Motiven entspricht, die die Industriellen dazu geführt haben, Hitler zur Macht zu verhelfen. Der Kommentar schließt mit der Feststellung, dass in CDU und FDP die Vertreter des kapitalistischen Systems zu sehen sind, die Feinde des Fortschritts, und mit der Aufforderung an die Werktätigen, „aus beiden Tagungen die Schlussfolgerungen zu ziehen“ und zu erkennen, „dass allein die Kommunisten die wahren Vertreter ihrer Interessen sind“.²³

Am 29. Januar 1947 erschien im „Volksecho für Westfalen und Lippe“ eine „Politische Stellungnahme zum ‚Gesetz zur Enteignung des Stein- und Braunkohlenbergbaus im Lande Nordrhein-Westfalen‘“ von Max Reimann.

Max Reimann, der Vorsitzende der KPD der britischen Zone fasste in dieser Stellungnahme noch einmal die Gründe für den Gesetzesantrag der KPD zusammen. Ausgehend von der Entwicklung der Kohlenwirtschaft in den Gründerjahren des

²³ „Westdeutsches Volks-Echo“ vom 28. Januar 1947, 2. Jahrgang 1947, S. 2.

19. Jahrhunderts zeichnete er die Entstehung der Rüstungswirtschaft im Rhein-Ruhr-Raum nach, deren Besitzer er für die Entstehung des 1. und 2. Weltkrieges verantwortlich machte.

Er gelangte zu dem Schluss, dass die 1918 unterlassene Sozialisierung nachgeholt werden müsse, „wenn das deutsche Volk in Zukunft mit der Welt in Frieden leben will“. Die Eigentümer des Bergbaus und der angeschlossenen Industrien müssten auch deshalb entmachtet werden, weil mit ihnen kein neuer Staat aufzubauen sei: „Mögen sie heute auch ein demokratisches Mäntelchen umhängen, morgen werden sie wieder zu imperialistischen Wölfen werden und die Welt erneut angreifen. Wenn das deutsche Volk sich eine wirklich demokratische Republik aufbauen will, dann kann dies nur geschehen, wenn diesen Volksfeinden durch entschädigungslose Enteignung jede Macht genommen wird.

Auch die ungenügende Förderleistung des Bergbaus führt Reimann in diesem Artikel auf die „Saboteure“ zurück, die „in den verschiedenen von bürgerlichen Wirtschaften aufgebauten Verwaltungsapparaten“ sitzen, und immer noch „stille Sabotage durchführen“.

Die deutschen Arbeiter weigerten sich, weder für deutsche noch für ausländische Grubenbesitzer und Industrielle zu arbeiten.²⁴

Die politische Stellungnahme Max Reimanns vom 29. Januar 1947 war insofern ein auf Polemik angelegter Kommentar, als schon am 19. November 1946 das britische Kabinett beschlossen hatte, deutsche Treuhänder für die im Herbst 1946 beschlagnahmten deutschen Industrievermögen einzusetzen. Dies sollte ein sichtbares Zeichen der britischen Besatzungsmacht für die demokratischen Kräfte in der britischen Zone sein, dass die Absichten der Britischen Regierung zur Sozialisierung ernst zu nehmen seien.²⁵

Die Einsetzung von Treuhändern für die deutsche Industrie war die erste Stufe des Planes, der am 19. November 1946 von Foreign Office und Kontrollrat vorgelegt wurde.

Die zweite Phase sah die Bildung deutscher Körperschaften vor, die die einzelnen Industriezweige zu Eigentum übernehmen sollten. Phase drei sah nach Beendigung der Besatzungszeit die Bildung einer internationalen Kontrollbehörde vor, an der die USA und die westeuropäischen Mächte an der Aufsicht der Ruhrindustrie beteiligt sein sollten.²⁶

Anfang Januar wurde dem britischen Kabinett vom Deutschlandminister Hynd eine Liste vorgelegt, die die Namen möglicher Treuhänder für die deutsche Industrie der britischen Zone enthielt. Die Liste war von der Kontrollkommission mit Vertretern von SPD und CDU erstellt worden.

Aufgrund der Befürchtungen, dass eine wiedererstarke deutsche Industrie den britischen Export gefährden würde, sah man im Foreign Office jedoch von der

²⁴ „Westdeutsches Volks-Echo“ vom 28. Januar 1947, 2. Jahrgang 1947, S. 2.

²⁵ Rolf Steininger, Großbritannien und die Ruhr, a.a.O., S. 37f.

²⁶ Horst Lademacher, Die britische Sozialisierungspolitik im Rhein-Ruhr-Raum, S. 106, in Josef Foschepoth / Rolf Steininger (Hg.), Die britische Deutschland- und Besatzungspolitik 1947 – 1949, Paderborn 1985, S. 101 – 118.

länderübergreifenden Treuhänderschaft ab und entschloss sich aus sicherheitspolitischen Motiven für die Einrichtung einer Treuhänderschaft auf Landesebene.²⁷

Am 4. Februar 1947 beschloss das britische Kabinett die Ernennung von Treuhändern für die Kohle-, Eisen- und Stahlindustrie auf Landesebene und den Aufschub der Entscheidung über die Sozialisierung auf die Zeit nach der bevorstehenden Außenministerkonferenz in Moskau.²⁸

Ende Februar 1947 wurde dann jedoch auch auf Einspruch Frankreichs, Luxemburgs, Belgiens und der Niederlande hin die Ernennung der Treuhänder verschoben. Die französische Regierung sah eine Ernennung von deutschen Treuhändern als Gefahr für die Sicherheit Frankreichs an, da auf diesem Wege die sozialisierten Industrien durch eine deutsche Zentralregierung übernommen werden könnten. Die Niederlande, Luxemburg und Belgien protestierten gegen eine Sozialisierung ihres Eigentums im Ruhrgebiet. Ausschlaggebend für den Aufschub war die Drohung aus Paris, im Falle einer Benennung von Treuhändern werden sich die britisch-französischen Beziehungen drastisch verschlechtern.²⁹ Bevor allerdings die Intervention von Seiten Frankreichs und der Beneluxländer erfolgte, hatte die SPD am 13. Februar 1947 einen Volksentscheid zur Sozialisierung der Grundstoffindustrien beantragt. In einer „letzten Funkmeldung“ berichtete die der CDU nahestehende „Westfalen-Zeitung“ am 14. Februar 1947, dieser Volksentscheid soll zusammen mit der Landtagswahl am 20. April des Jahres durchgeführt werden.³⁰

Am 15. Februar 1947 berichteten sowohl die FDP-nahe „Westdeutsche Rundschau“³¹ als auch die der SPD nahestehende „Freie Presse“ über den Volksentscheidantrag der SPD. Die „Freie Presse“ schrieb, Gegenstand der Volksbefragung sei die Frage, ob die Kohlewirtschaft, die eisen- und stahlschaffende Schwerindustrie und die Großchemie in Gemeineigentum überführt werden sollen. Über diese Frage solle in Verbindung mit der am 20. April 1947 stattfindenden Wahl zum Landtag von Nordrhein-Westfalen abgestimmt werden. Die Volksbefragung sei nur rechtswirksam, wenn die Mehrheit der Stimmberechtigten daran teilgenommen habe.³²

Das „Volks-Echo für Westfalen und Lippe“ berichtete am gleichen Tag über ein Protestschreiben der Belegschaftsversammlung der Grube Laurweg-Voccart, die in einer Resolution die Parteien des Landtages aufforderte, sich für die Verwirklichung der Sozialisierungsforderungen der Arbeiterschaft einzusetzen. Weiter wurde in diesem Artikel die Jahreshauptversammlung des FDGB, IG Bau, Ortsverwaltung Minden, erwähnt, die den

²⁷ Rolf Steininger, Großbritannien und die Ruhr, a.a.O., S. 39f., vgl. auch: ders. Reform und Realität, a.a.O., S. 39.

²⁸ Ders., S. 40.

²⁹ Ders. S. 41.

³⁰ „Westfalen-Zeitung“ vom 14. Februar 1947, 2. Jahrgang 1947, S. 1.

³¹ „Westdeutsche Rundschau“ vom 15. Februar 1947, 2. Jahrgang 1947, S. 2.

³² „Freie Presse“ vom 15. Februar 1947, 2. Jahrgang 1947, S. 1.

von den Arbeiterparteien unternommenen Schritt zur Beseitigung der Trusts und Konzerne begrüßt. Es folgte die Auflistung der Gründe für die Notwendigkeit der Sozialisierung.³³

Erst am 19. Februar 1947 bringt das „Volks-Echo für Westfalen und Lippe“ einen Artikel, in dem unter der Schlagzeile „Gemeinsamer Kampf – Gemeinsamer Sieg! Erklärung der Landesleitung der KPD zum Volksentscheid“ ausgeführt wird, das Sekretariat der Landesleitung der KPD Nordrhein-Westfalen nehme „(...) mit großer Freude Kenntnis von dem Entschluss der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, einen Volksentscheid für die Überführung der Grundstoffindustrie in die Hände des Volkes mit den Landtagswahlen am 20. April zu verbinden“.

Mit der Feststellung, auch die SPD habe sich den Standpunkt zu eigen gemacht, „(...) dass die Sache der Enteignung der Monopolherren eine Sache des ganzen Volkes ist“, nutzte die KPD-Landesleitung die vermeintliche Übereinstimmung mit der SPD, indem sie der Hoffnung Ausdruck gab, „(...) dass sich für die Einzelaktionen beider Arbeiterparteien eine gemeinsame Grundlage findet“. Angesichts der Weigerung der sozialdemokratischen Führung, eine Aktionsgemeinschaft auf höherer Parteebene mit der KPD einzugehen, richtete sich der Appell an die SPD jedoch ins Leere.

Am 17. Januar 1947 hatte die der CDU nahestehende „Westfalen-Zeitung“ über die Gespräche über die Sozialisierungsbestrebungen in der britischen Zone zwischen deutschen und britischen Politikern berichtet. Darin hieß es, zwar ließe sich eine reine Verstaatlichung der Grundindustrien rasch durchführen, doch sei mit dieser Maßnahme die eigentliche Aufgabe der Sozialisierung nicht erfüllt. Die Einschaltung des Staates bei der Wirtschaftsführung löse nicht die Fragen über die Mitwirkung der Arbeiter an der Betriebsführung sowie über die Betriebsform. Zudem seien die Erfahrungen, die mit Staatsbetrieben gemacht worden seien, entmutigend gewesen. Gerade für ein zonenaufgeteiltes Deutschland sei die Lösung einer solchen Frage ausgesprochen schwierig, da ein isoliertes Vorgehen einer Besatzungsmacht die spätere wirtschaftliche Einheit gefährde. Die englische Seite hebe hervor, „dass in allen Stufen der Entwicklung eine engste Zusammenarbeit mit den deutschen Stellen stattfinden, und die Durchführung der Maßnahmen in deutschen Händen liegen wird.“ Die Sozialisierungsmaßnahmen in Deutschland seien von „dem Wunsch nach einer Wirtschaftsform unter Ausschluss jeder Machttenenz“ bestimmt, im Gegensatz zu der aus der Notwendigkeit der wirtschaftlichen Sanierung heraus bestimmten Sozialisierung in Großbritannien. Der Verfasser des Artikels warnt vor den Gefahren eines Produktionsrückganges, der mit einer Sozialisierung verbunden sein kann und seinerseits einen Produktionsrückgang in den benachbarten Zweigen der Wirtschaft nach sich ziehen werde.³⁴

³³ „Volks-Echo für Westfalen und Lippe“ vom 15. Februar 1947, 2. Jahrgang 1947, S. 1.

³⁴ „Westfalen-Zeitung“ vom 12. Januar 1947, 2. Jahrgang 1947, S. 2.